

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Österreich braucht dringend eine patriotische Neuausrichtung seiner politischen Kultur



Liebe Leser!

National denken ist schlecht, europäisch denken ist gut. Auf diese einfache Formel bringen EU-angepasste Volksvertreter ihr politisches Credo. Doch eine Ausnahme gibt es: Am Nationalfeiertag dürfen wir uns zu unserer Heimat Österreich bekennen. Die restlichen 364 Tage laufen wir Gefahr, als Rechtspopulisten abgestempelt zu werden.

Wenn Menschen das eigene Volk, die eigene Kultur und Tradition schätzen und Heimatliebe zeigen, dann wird ihr Interesse, mit dem Nachbarn in Frieden zu leben, ebenso stark ausgeprägt sein.

Der Schweiz gelingt das schon seit über 150 Jahren. Der Nationalstaat gewährt größtmögliche Selbstbestimmung und ist ein Gegenspieler zur Globalisierung und zentralen Weltordnung. Er ist auch der bestmögliche Garant für Zusammenhalt seiner Bewohner und Bereitschaft ein hohes Maß an Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen.

Das ernüchternde Ergebnis der von uns unterstützten „Freien Liste Österreich“ (FLÖ) bei der Nationalratswahl hat uns wieder einmal, in beinahe schockierender Weise, den unangemessenen Einfluss der Medien vor Augen geführt.

Die Berichterstattung war gänzlich auf den „Dreikampf“ der großen Parteien zugeschnitten. Nicht im Parlament vertretene Parteien fanden so gut wie keine Erwähnung, außer die Liste Peter Pilz. Sie wurde fast in derselben Häufigkeit protegiert, wie man das den fünf Parlamentsparteien ange-deihen ließ. Die FLÖ hingegen wurde regelrecht boykottiert und deutlich erkennbar ausgegrenzt.

Das Wahlergebnis war dann eine Umsetzung eins zu eins dieser medialen Vorgaben, abgesehen vom Absturz der Grünen. Das war wohl ein „Betriebsunfall“.

Dass Medien ihre Macht dermaßen einseitig in eine bestimmte Richtung einsetzen können und damit auch noch Erfolg haben, ist ein Skandal ersten Ranges, der an den demokratischen und rechtsstaatlichen Zuständen in Österreich ernsthafte Zweifel aufkommen lässt. Es ist klar, und wir wissen es schon lange, dass vor allem in diesem heiklen Übergangsbereich von Medien und Parteien eine radikale Reform der politischen Kultur in Österreich überfällig ist.



Das Goldene Dachl in der Innsbrucker Altstadt war am Nationalfeiertag festlich beflaggt.

Leider gleichzeitig mit der EU-Kolonialfahne. Sie weist darauf hin, wie bereitwillig sich unsere Volksvertreter bereits dem EU-Diktat unterworfen haben.

Wenn wir uns die Tatsache vor Augen führen, dass der mit der Regierungsbildung beauftragte Sebastian Kurz noch vor den entscheidenden Gesprächen bei den EU-Größen Juncker und Tusk seine Aufwartung gemacht hat, um sie seiner europäischen Gesinnung, d.h. Unterwerfung unter das EU-Diktat zu versichern, einschließlich der gesamten neuen Re-

Inhalt

- Österreich braucht Neuausrichtung seiner Kultur 1-2
- EU-Militärunion..... 2
- Der Euro liegt im Koma..... 2-3
- Lesens,- sehens,- hörens-wert ... 3
- Wussten Sie? 3-5
- Lesermeinungen 6-7
- Beitrittskandidaten der EU 7
- Positives, Erfreuliches 7-8
- Veranstaltungen, Impressum S.8

Wenn du das Ziel kennst, wie bist du aufzuhalten?

Konfuzius



Bild: Kurier.at - Screenshot

gierung. Insofern können unsere Erwartungen in die kommende Regierung nicht allzu hoch gesteckt sein. Es wird zwar einige Verbesserungen

gegenüber den Vorgängerregierungen geben, über die wesentlichen und existentiellen Interessen unseres Landes wird weiterhin Brüssel und nicht Wien entscheiden. Daran wird und will die neue Regierung auch nichts ändern.

Wie Sie, sehr geschätzte Leser, sicher schon bemerkt haben, liegt dieser Ausgabe die Informationsschrift 95 politische Thesen bei. Wenn in diesem zu Ende gehenden Jahr 2017 weltanschauliche Neuorientierungen in Erinnerung gerufen worden sind, so es ist ebenso angebracht – habe ich mir gedacht – auch politische Thesen als Orientierungs- und Argumentationshilfe Ihnen zur Verfügung zu stellen. Gerne versenden wir auch auf Wunsch dieses Info-Blatt zum Selbstkostenpreis.

Und weil es sich so gehört, haben wir die **95 Thesen** auch angeschlagen, und das

in zeitgemäßer Form auf unserer Netzseite www.nfoe.at.

Und, weil das Fest des Friedens nicht mehr weit ist, möchte ich Ihnen für Ihre Treue und Unterstützung, in jeder Form, im abgelaufenen Jahr danken, eine schöne Adventzeit wünschen, in der Vorfreude auf Weihnachten aufkommen kann.

Möge sich unsere Hoffnung auf ein gutes neues Jahr 2018 erfüllen!

Ihr
Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli,
Bundesobmann

Österreich beteiligt sich an geplanter EU-Militärunion

Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Österreich macht bei der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ, engl. PESKO) mit, einer sogenannten Verteidigungsgemeinschaft, die die Aufrüstung forciert, von Österreich mehr Auslandseinsätze verlangt u.v.a.m.

Sebastian Kurz, als Noch-Außenminister und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil haben am 13. November sofort zugestimmt. Kein ernsthafter Gedanke an die rechtlichen Folgen (Verletzung

der Neutralitätsbestimmungen im Verfassungsrang) und schwerwiegende Einwände der Mehrheit ihrer Bürger, die nicht nur einen Anschluss an eine Militärunion ablehnen. Jede militärische Zusammenarbeit mit Mitgliedsstaaten eines Militärblocks sind nun einmal aufgrund unserer Neutralitätsverpflichtung kategorisch abzulehnen. Und die Mehrheit der 28 Staaten, die zugestimmt haben, sind dazu noch Mitglieder der NATO!

Übrigens, Irland, Dänemark, Portugal,

Malta und Großbritannien waren von dieser SSZ-Anbindung nicht überzeugt und haben diesen Vertrag konsequenterweise auch nicht unterzeichnet.

Unserem zukünftigen Bundeskanzler Kurz kam anscheinend auch kein Gedanke an eine direkte Einbindung der Bürger. Warum haben unsere verantwortlichen Politiker eine solche Angst vor Letzt-Entscheidungen des Volkes. Ist die Beibehaltung eines absoluten Machtanspruchs weiterhin ihr vorrangiges Ziel?

Der Euro liegt im Koma und muss künstlich ernährt werden

Als 1992 mit dem Vertrag von Maastricht die Einführung der Währungsunion beschlossen wurde, hat man der neuen Währung Euro hauptsächlich folgende Aufgaben zugeordnet: 1. Er soll eine friedensstiftende Wirkung haben und die Einigung der EU vorantreiben. 2. Er soll Wirtschaftswachstum und damit Wohlstandsvermehrung für breite Bevölkerungsschichten bewirken. 3. Er soll als neue Weltleitwährung neben den Dollar treten.

Heute, im Abstand von 25 Jahren, kann man sagen, dass **keines der anvisierten Ziele erreicht** wurde.

Der Keim zu dieser Erfolglosigkeit wurde von der dafür verantwortlichen Politik bereits am Anfang in dieses eigenartige Projekt gelegt. Eine Währungseinheit kann nur Abschluss eines politischen Einigungsprozesses sein, niemals ein Mittel dazu. Für den Euro als gemeinsame Währung sprachen also nicht ökonomische Vernunftgründe, sondern er entstand aus ideologischer Verbohrtheit der daran beteiligten Politiker.

Die Einführung des Euro hatte weitreichende – negative – Umverteilungseffekte zur Folge: von Privat zu Staat, vom Unternehmenssektor zum Finanzsektor, von Arm zu Reich, von der Peripherie zu den Zentren, vom Norden in den Süden der Union. Er erwies sich für die ehemaligen Hartwährungsländer als zu weich, für die Weichwährungsländer am Mittelmeer als zu hart. Sie konnten ihre mangelnde Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr

durch Währungsabwertungen ausgleichen und versuchten deshalb sich durch eine wahre Verschuldungsorgie bei bis dahin ungewohnt niedrigen Zinssätzen schadlos zu halten.

Und so kam wenig überraschend 2009 die Schulden- und Eurokrise. Nur mit äußerster Mühe, d. h. gigantischen Geldtransfers, Euro-„Schutzschirmen“, Absenkung des Zinssatzes in Richtung Null, Anwerfen der (virtuellen) Gelddruckmaschine u.a. konnte ein Zusammenbruch des Euro-Währungssystems verhindert werden. Für die Bevölkerung, für Sparrer, Inhaber von Lebensversicherungen, Steuerzahler erweisen sich diese bis heute durchgeführten Maßnahmen als äußerst nachteilig und führen zu einem realen Einkommens- und Vermögensverlust, können jedoch nicht absetzt werden, weil sie notwendig sind, um die Währungsunion künstlich am Leben zu erhalten. Sie bewirken auch, dass die Euroländer immer weiter auseinanderdriften.



(Fortsetzung auf Seite 3)

Der Euro ist somit keine friedensstiftende Einrichtung, sondern steht im Zentrum tiefgehender Verwerfungen innerhalb der EU. Die Politik hat sich hier völlig verrannt. Dass von ihr keine Lösungsansätze kommen werden, zeigen die jüngst von Juncker und Macron u.a. geäußerten „Reformvorschläge“, die das bisher schädliche Medikament „Integration“ keineswegs absetzen, sondern davon noch mehr verabreichen wollen: einheitlich(er)e Steuern, den Euro in allen Staaten der EU, ein gemeinsames

Eurozonen-Budget bis hin zu einem EU-Währungsfonds. Letztlich geht es darum, dass der Schuldentransfer von den Defizitländern zu den wenigen noch verbliebenen stabilen Ländern wie Österreich, abgesichert durch ein eigenes EU-Militärregime, institutionalisiert wird. Unter diesen Umständen kann natürlich auch nicht von einer eigenständigen Funktion des Euro als Weltleitwährung die Rede sein. **Aus allen damals in den Euro gesetzten Hoffnungen ist also nichts geworden.** nos



Die Aussage auf diesem FLÖ-Plakat dürfte wohl ausschlaggebend für die mediale Boykottierung gewesen sein.

Lesenswert – sehenswert – hörenswert!

- **Hilfe, unser Essen wird normiert!** – Buch von Agrarbiologe Clemens G. Arvay
- **Bevölkerungsaustausch – Video mit Eva Hermann**
<https://www.youtube.com/watch?v=HuOi3pEDu9U>
- **Nigel Farage teilt gegen die „EU-Gangster“ aus – Video.** Rede im EU-Parlament - mit deutschen Untertiteln. Die EU schuldet dem Vereinigten Königreich Milliarden.
<https://www.youtube.com/watch?v=8cLPDYZvIS0>
- **Europaparlament - Zusammenschnitt - Matteo Salvini 2016- 2017 – Video** Rede – mit deutschen Untertiteln. Das EU-Parlament beschäftigt sich mit Überwachung, während die Gesellschaft am Zusammenbrechen ist. <https://www.youtube.com/watch?v=t902PnJgwVY>
- **Vielweiberei Polygamie, auf Kosten des Deutschen Steuerzahlers**
Und die Regierung tut, als wisse sie von nichts. <https://www.youtube.com/watch?v=FAwZu63ebg0>
- **Bewertungsprozesse wie Rating und Scoring nehmen durch Digitalisierung stark zu.**
Folgen von Bonitätsbewertungen werden unterschätzt. Durch statistische Prozesse werden Konsumenten klassifiziert und aussortiert. Banken, Versicherungen, Leasingfirmen u.a. wollen möglichst auch das Verhalten eines Konsumenten in der Zukunft kennen.
Mehr unter: <https://kaernten.arbeiterkammer.at/beratung/konsumentenschutz/datenschutz/Bonitaets-Checks.html>



Wussten Sie.....?

Aufdecker leben im Einflussbereich der EU gefährlich

Daphne Caruana Galizia wurde vor kurzem in der Nähe ihrer Wohnung auf der Insel Malta durch eine in ihrem Auto versteckte Bombe getötet. Die mutige Journalistin hatte an den „Malta-Files“ gearbeitet, einer Sammlung von 150 000 vertraulichen Dokumenten der maltesischen Finanzbehörde, die zeigen, wie EU-Konzerne und Private über Malta in großem Umfang Steuern hinterziehen. Viele Unternehmen, darunter DAX-Konzerne wie BMW, BASF oder Lufthansa, haben dort Briefkastenfirmen. Wenige Wochen zuvor hatte Daphne C. wegen der Todesdrohungen, die sie erhalten hatte, Anzeige erstattet.



D. Caruana Galizia
Bild: Lovinmalta.com - screenshot

Die Millionen Dokumente, bestehend aus E-Mails, Bankauszügen, Firmenbucheinträgen u. dgl., die dem internationalen Rechercheverbund ICIJ mit den „Paradise-Papers“ vorliegen, zeigen, wie 2016 die „Panama-Papers“, dass wir es hier mit einem weit verbreiteten Phänomen und weltweit operierenden Netzwerk mit komplexen Strukturen zu tun haben, an dem die Offshore-Finanzwelt, Politiker, Prominente, Superreiche und Konzerne beteiligt sind. Ihr oberstes Ziel ist es, durch Transferierung von Gewinnen und Vermögen möglichst keine Steuern zu zahlen.

Wie wenig die EU willens ist, diese untragbaren Zustände abzustellen und ihren Beitrag zu einem weltweit gerechteren Steuersystem zu leisten, sieht man an der kühlen bis abweisenden Reaktion ihrer Repräsentanten auf manche Vorschläge des französischen Staatspräsidenten Macron, der in seiner „Europa-Rede“ eine Besteuerung internationaler Konzerne jeweils in den Ländern, in denen sie ihre Gewinne erwirtschaften, befürwortet. Er übersah dabei aber geflüstert, dass Steuerhinterziehung nicht nur außerhalb Europas geschieht, sondern, wie wir sehen, auch innerhalb. Dabei ist Malta bei weitem kein Einzelfall. Es sind in diesem Zusammenhang auch Luxemburg, die englischen Kanalinseln, die Isle of Man oder Madeira erwähnenswert. Das kann nicht überraschen.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Die Privatisierung von Gewinnen und die Sozialisierung von Verlusten gehören zur Grundausrichtung der Globalisierung und des Neoliberalismus, für deren Durchsetzung die EU nicht zuletzt gegründet worden ist. *Quelle: sn-online.de*

Die heimliche Flucht aus Merkel-Deutschland

Wir erfahren zur Zeit von den Medien immer wieder, wie schlecht es den Briten wegen des Brexit gehen soll. Erkennbar sei das daran, dass so viele Briten wie nie zuvor ihrem Land den Rücken kehren und sich in Deutschland niederlassen. Schaut man sich die Zahlen genauer an, ergibt sich ein anderes Bild: Es waren ganze 2.865 Personen. Im selben Zeitraum sind 28.502 Personen nach Großbritannien zugewandert, was mehr als eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr ist. Gerade aus Deutschland kamen besonders viele Anträge: 2.338, ebenfalls eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr. Und das ganz ohne einen Dexit! Offenbar ist im Merkel-Land doch nicht alles zu schaffen. *Quelle: Watergate.tv, 8.9.2017*

Ungeordnete Zuwanderung kann lebensgefährlich werden

Derzeit wird in Freiburg i. Br. der Fall des Mordes an der 19jährigen Medizinstudentin Maria L. abgehandelt. Er wirft ein grelles Licht auf die – mitunter lebensgefährlichen – Missstände im deutschen und europäischen Asylwesen. Angeklagt ist Hussein K. Er soll aus Afghanistan stammen und gab bei seiner Verhaftung an, 17 Jahre alt zu sein. Als er im November 2015 in Deutschland um Asyl als minderjähriger Flüchtling ansuchte, hatte er bereits eine längere Kriminalitätsgeschichte hinter sich. So wurde er in Griechenland wegen eines Mordversuchs ebenfalls an einer Studentin zu zehn Jahren Haft verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung wegen Überfüllung der griechischen Gefängnisse tauchte er unter, ohne dass die griechischen Behörden diese Information an zuständige europäische Stellen weitergeleitet haben.

Nach seiner Aufnahme in Deutschland, offenbar ohne effiziente Überprüfung, lebte er bei einer afghanischstämmigen

Arztfamilie, die für seine Unterbringung und Erziehung als angeblich Minderjähriger – offiziell als „stationäre Hilfe zur Erziehung“ bezeichnet – etwa 3.000 Euro pro Monat erhielt. Insgesamt dürften inkl. 400 Euro Taschengeld für ihn sogar 4.200 Euro pro Monat(!) von den Behörden gezahlt worden sein. Er hatte Probleme mit Alkohol und Drogen. Dann kam der Mord. Jetzt wurde im Zuge der Gerichtsverhandlung anhand einer Zahnanalyse festgestellt, dass Hussein K. 25-26 Jahre alt ist. *Quelle: faz.net*

Während Einheimische selbst bei leichten Verkehrsdelikten durch halb Europa verfolgt werden, nimmt man es bei Migranten offenbar nicht ganz so genau. Man kann unsere Forderungen nur wiederholen: Ohne Papiere bzw. glaubhaften Nachweis des Alters, der Gesundheit und der Herkunft, in welcher Form auch immer, kann es keine Einreise geben.

*Wer nichts weiß,
muss alles glauben.*

Harald Lesch, Physiker

Ehemalige Kindersoldaten für die Kriege der USA

Es gibt mittlerweile private Unternehmen, deren Geschäftsfeld u. a. darin besteht, ehemalige Kindersoldaten aus Afrika anzuheuern und in Kriegen der „westlichen Wertegemeinschaft“ einzusetzen. Ein erschütternder Dokumentarfilm, der im August im Schweizer Sender SRF1 ausgestrahlt wurde, schildert das Vorgehen dieser „Personalagenturen“ für private Militärfirmen in Uganda und Sierra Leone. „Als ich im Camp erstmals wieder eine Waffe in der Hand hielt, um für den Irak zu trainieren, für einen neuen Krieg,

kam die Erinnerung an den Bürgerkrieg zurück, und ich musste weinen“, so die Aussage eines ehemaligen Kindersoldaten. Die meisten von ihnen werden von der britischen Militärfirma Aegis rekrutiert. Sie ist eine der größten Militär- und Sicherheitsfirmen der Welt und wurde von den USA im Irak-Krieg mit der Koordination sämtlicher privater Sicherheitsdienstleister betraut.

Der Dokumentarfilm zeigt auf, was diese Auslagerung bedeutet: Wie jede Industrie sucht in Zeiten der Globalisierung auch die Kriegsbranche nach möglichst billigen Arbeitskräften. Aegis bezahlte den Söldnern einen Hungerlohn: rund 250 Dollar. Dabei schreckt die Firma auch nicht davor zurück, traumatisierte junge Männer anzuheuern, die als Kind von Militär- und Rebellenführern zwangsrekrutiert wurden.

Trotz negativer Schlagzeilen gibt es bis heute weder für private Militärfirmen noch für Privatsoldaten eine internationale Regelung. Privatsoldaten machen die Entscheidung, in den Krieg zu ziehen, bedeutend leichter. Es fehlt eine parlamentarische Kontrolle. Gefallene Privatsoldaten erscheinen in keiner Statistik.

Quelle: srf.ch

Innenministerium lehnt Volksbegehren zum ORF ab

Trotz der wenig bürgerfreundlichen Gesetzeslage sind mehr als 23 000 Wahlberechtigte, wesentlich mehr als erforderlich, persönlich auf ihr Gemeindeamt gegangen, um eine Unterstützungssunterschrift für das von der Christlichen Partei Österreichs (CPÖ) beantragte Volksbegehren für einen ORF ohne Gebühren und ohne politische Einmischung



Was ist die Wurzel des Konflikts in Katalonien?



Katalonien hat eine uralte Geschichte. Das Land wurde erobert, das Volk wurde nicht freiwillig Teil der spanischen Nation.

Für viele Katalanen, die sich von Madrid lösen wollen, ist die Schweiz das Vorbild. Sie möchten nicht raus, aber sie wollen einen Föderalismus, wie er sich hier seit Jahrhunderten bewährt. Die Schweiz funktioniert, weil niemand dem anderen seine Kultur oder seine Meinung aufzwingt. Rajoy sollte Spanien verschweizern. Sonst ist Spanien Geschichte.

Roger Köppel, Herausgeber der „Weltwoche“

(Fortsetzung auf Seite 5)

zu leisten. Nun hat das Innenministerium unter Sobotka (ÖVP) die Einleitung eines Volksbegehrens („Eintragungswoche“) mit einer fadenscheinigen Begründung – Bemängelung der Kurzbezeichnung – abgelehnt.

Es entsteht der Eindruck, dass die Politik an einer Änderung der unhaltbaren Zustände in Österreich nicht wirklich interessiert ist. Der ORF soll ein williges Sprachrohr der Regierung und Propagandainstrument der großen Parteien bleiben. Und die Zuschauer sollen dafür auch noch zahlen und die horrenden Gehälter der Orf-Angestellten finanzieren. Die CPÖ will gegen diese Entscheidung beim Bundesverwaltungsgericht Berufung einlegen. *Quelle: cpoe.or.at*

Nordkorea will Atomwaffen wegen der Unberechenbarkeit der Weltmacht USA

Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich besonders ein Land – die Vereinigten Staaten – mehrere Male, von Kosovo bis Irak, über die internationalen Regeln hinweggesetzt. Die Aushöhlung der internationalen Rechtsordnung, die dieses Verhalten nach sich zog, hat zu einer großen Verunsicherung geführt und dazu, dass diese immer mehr vom „Recht des Stärkeren“ bestimmt wird. So lange ein Land befürchten muss, eines Tages Ziel eines „humanitären Krieges“ zu werden, wird es zu Recht versuchen, sich mit allen Mitteln zu wappnen. Angesichts dieser Umstände erstaunt es nicht, dass sich gewisse Länder Nuklearwaffen zu beschaffen suchen.

Man kann dem Prozess der Weiterverbreitung von Atomwaffen nur Einhalt gebieten, indem man dem Prinzip der Souveränität und des Ausgleichs der Interessen unter Beachtung des Völkerrechts wieder in seiner ganzen Stärke



zur Geltung verhilft, so wie sie in der Charta der Vereinten Nationen von 1945 verankert ist.

Quelle: Jacques Sapir – Zeit-Fragen, 10.10.17

Jacques Sapir

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Autor zahlreicher Bücher und Artikel

Wer von den beiden „Großmächten“ verhält sich militärisch bedrohlicher, Russland oder die USA? - Der grafische Vergleich gibt Auskunft.



Grafik: siper.ch (Schweizer Institut für Friedensforschung)

Wo ist die Wurzel des Übels?

Da geht der (aus der Bibel bekannte) Samariter ein zweites Mal nach Jericho, fand einen zweiten Verwundeten, hob ihn ein zweites Mal auf, verarztete ihn und brachte ihn zur Herberge. Er ging immer wieder den gleichen Weg und fand jedes Mal einen Verwundeten, immer an der gleichen Stelle. Als er zum 99. Mal von Jerusalem nach Jericho ging, dachte er bei sich: „Es liegt immer wieder einer da“ ... und stolperte darüber, holte dann, wie üblich, Vorrat aus der Satteltasche und begann mit der gewohnten Sorge diesen Verwundeten zu salben und zu wickeln, um ihn anschließend mit einem gekonnten Ruck auf den Esel zu verladen ... der auch sofort davonlief, in üblicher Richtung auf die Herberge zu und dort auch richtig ankam, aber diesmal bloß zu zweit, ohne den Samariter. Er war nämlich in der Wüste geblieben, um dort zunächst das Räubernest auszukundschaften. Als er nämlich über seinen 99. Verwundeten gestolpert war, war ihm eine Erleuchtung gekommen ... , dass er sich vorsorglich mit dem Räubernest befassen sollte, statt nur Wunden zu verarzten und Medizin auszuteilen.

Sollten wir uns – so wie der Samariter – nicht auch überlegen, wo denn die Wurzel so manches Übels unserer Zeit zu finden ist? Eigentlich sollten wir nicht 99 Wiederholungen benötigen, um die „Räubernester“ zu erkennen und Lösungswege zu finden.

Quelle: Initiative Information - Natur - Gesellschaft



Es gibt nur eine einzige positive Alternative:

die Direkte Demokratie.

„Da die Bürger in jedem Fall die Konsequenzen zu tragen haben, stehen ihnen auch die Grundentscheidungen zu.“

Die Bürger sind heute in vielen Fragen auch vernünftiger als die Politiker.“

Andreas Unterberger
ehem. Chefred. der Presse und
Wiener Zeitung

<http://www.andreas-unterberger.at/>
[Andreas-Unterbergers-Tagebuch](#)

Faire Berichterstattung zur Wahl?

Wenn man die Beiträge der Kronenzeitung zur Wahl liest, muss man sich wundern. Dort kommen, abgesehen von der Liste Pilz fast ausschließlich nur die Parlamentsparteien vor. Die (noch) nicht im Parlament vertretenen Parteien, die ohnehin durch ihren geringeren Bekanntheitsgrad benachteiligt sind, scheinen für die Kronenzeitung nicht zu existieren. Dabei haben gerade diese Parteien oft interessante alternative Konzepte, während die Großparteien sich in nichtssagende Phrasen hüllen und damit zeigen, dass sie an den gegenwärtigen beklagenswerten Zuständen nichts wirklich ändern wollen, tragen sie dafür schließlich die Hauptverantwortung.

Wieso die Liste Pilz in der Kronenzeitung so hervorgehoben wird, ist mindestens ebenso sonderbar. Wenn damit argumentiert wird, dass Peter Pilz immerhin

Brexit

Wenn ich mir anschau, wie sich Junker & Co. gegenüber den britischen Verhandlern benehmen, dann fällt mir der Chefverhandler der austrittswilligen Grönländer ein. Der Anwalt formulierte damals vor 30 Jahren einen Satz, der heute noch seine hundertprozentige Gültigkeit hat: „Es ist leichter in die EG (jetzt EU) zu kommen, als sie zu verlassen.“ Die Brüsseler Bonzen tun so, als würden die Briten den Gipfelpunkt der Ungehörigkeit, ja vielleicht sogar eine strafbare Unsittlichkeit begehen, indem sie ihre Freiheit zurück-verlangen. Dabei halten sich die Briten, die ich als besonders gesetzestreu kennengelernt habe, als ich mitten unter ihnen lebte und arbeitete, lediglich



Der Brexit wird von einem englischen Steinmetz auf kunsttechnische Weise sichtbar gemacht.

Bild: esquire.co.uk - Screenshot



Es ist wohl eher das Gegenteil der Fall

Der Zeichner Alois Jesner hat es auf den Punkt gebracht. Wenn es bei den Medien korrekt zugehen würde, so müssten ihre Journalisten das größte Interesse an der Meinung der Gruppe der Nichtwähler haben.

langjähriges Parlamentsmitglied ist, dann müsste das ebenso von Barbara Rosenkranz mit ihrer „Freien Liste FLÖ“ gelten. Doch darüber schweigt sich die Kronen-

zeitung aus – demokratiepolitisch äußerst bedenklich. Ich hoffe, es wird in den letzten Tagen vor der Wahl anders werden – eben fairer! Name des Autors der Red. bekannt

an den Text der Ausstiegsklausel im Lisaboner-Vertrag. Da steht es schwarz auf weiß im Artikel I-60: „Freiwilliger Austritt aus der Union. Jeder Mitgliedsstaat kann im Einklang mit seinen(!!!) verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten.“ Nirgendwo steht, daß man den Austrittswilligen herabwürdigen darf, wie das verletzte Eheleute in einem Rosenkrieg tun. Logisch, daß die 11 Milliarden des Nettozahlers der EU fehlen. Wie wäre es, wenn sie die Heranführungshilfen an die abtrünnige Türkei einstellen würde? Dann wären die britischen Milliarden wieder in der Kasse.

Alle Welt weiß, daß die Briten deshalb verteufelt werden, damit die restlichen EU-Sklaven nicht auf dumme Gedanken kommen. Diese Brüsselitis empfinden viele EU-Staatsbürger als Zwangsjacke, haben aber nicht den Mumm und die Politiker wie die Briten (Nigel Farage von der UKIP), sich davon zu befreien. Der verfallende Palast des Völkerbundes („Vorfahre“ der EU) in Genf, in dem nun die UNO hockt, bezeugt, daß solche „Friedensprojekte“ keinen Bestand haben. Je länger man bei dieser E(ntmündigungs) U(nion) bleibt, desto tiefer wird man fallen!

Maria Klingler, Kirchdorf in Tirol

Eigentor

Dass der Großhandel die Kassiererinnen durch Automaten ersetzen will, zeigt, dass Arbeitnehmer nur noch als Kostenfaktor gesehen werden. Wer am Arbeitsplatz der Verkäuferinnen interessiert ist, sollte daher in Geschäften nur noch bar zahlen und die Kaufhäuser meiden, in denen dies nicht möglich ist. Das neoliberale System ist das größte Job-Vernichtungsprogramm der Menschheitsgeschichte und hat nur ein Credo: Immer weniger Leute sollen in immer kürzerer Zeit immer mehr leisten, um die satten Gewinne der Konzernchefs zu garantieren. Diese Mentalität ist aber sehr kurzsichtig, da diese Vorgehensweise bei vielen Burnout verursacht, was zur Folge hat, dass die Krankenstände massiv ansteigen und ständig neue Mitarbeiter eingeschult werden müssen, was die Produktivität der Betriebe hemmt. Diese Ideologie wird im Endeffekt zum Bumerang für diejenigen, die sich von der bisherigen Wirtschaftsweise den größten Profit erwarten. Ein Umdenken in den Vorstandsetagen der Konzerne und der Kapitalgesellschaften ist dringend vonnöten, wenn wir unsere Lebensqualität - egal, auf welcher Ebene - weiterhin erhalten wollen.

Mag. Ewald Hager, Kronstorf

Bürgerservice der obersten Wahlbehörde mangelhaft

Das Innenministerium ist die für Wahlen verantwortliche Behörde. Bei ihr haben die Bundeswahlvorschläge eingebracht zu werden, ihr haben die Landeswahlbehörden u.a. Wahlvorschläge weiter zu leiten. Sie ist verantwortlich für die Zulassung einer Partei zur Wahl und sie prüft die dafür erforderlichen Kriterien.

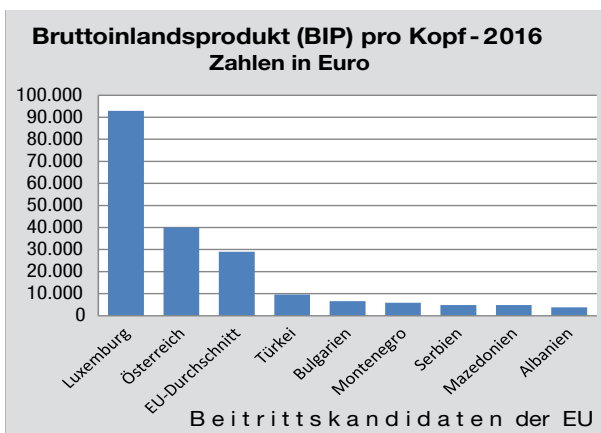
Sucht man auf der Homepage des Innenministeriums nach den wahlwerbenden

Parteien z.B. für die Nationalratswahl, so sucht man vergebens. Die wahlwerbende Gruppe muss zwar einen finanziellen Beitrag leisten, um am Stimmzettel gedruckt zu werden, aber eine offizielle Bekanntgabe, wer zur Kandidatur zugelassen wurde, in welchem Gebiet sie wählbar ist und aufgrund welcher Unterstützung, sowie deren Zustellbevollmächtigte finde ich nirgends.

Ich betrachte dies als Mangel an Bürgerservice und ich erwarte mir vom Innenministerium die Veröffentlichung aller zur Wahl zugelassenen Parteien, sowie die dazugehörigen Informationen (Name, Bundesland, Unterstützung, ob durch 3 NR oder durch 2600 Unterstützungserklärungen, Kontaktadressen, Zustellbevollmächtigter, Web-Adressen).

Ing. Horst G. Enenkel, Kottlingbrunn

Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.



Beitrittskandidaten der EU

Politik und Medien haben sich anscheinend eine durchgehende Zurückhaltung in der Darlegung dieser volkswirtschaftlichen Differenzen auferlegt, damit das Ziel, die noch ausständigen Südost-Staaten möglichst ungestört der EU anzuschließen, erreichbar ist. Die internationalen Finanz-Investoren und Konzerne warten ja schon höchst ungeduldig auf die neuen Märkte und die Beitrittskandidaten auf die Milliarden aus Brüssel. Die Folgen für die Netto-Geberländer, eben auch Österreich, werden ausgeblendet.

Wer das nebenstehende Diagramm etwas genauer anschaut, braucht nicht viel Fantasie um zu erkennen, welche zusätzlichen Kosten – die Zunahme der Kriminalität einmal unberücksichtigt gelassen – auf Österreich zukommen werden.

An dieser Stelle gleich eine Forderung an die neue Bundesregierung: „Herr Kurz und Herr Strache, wenn Sie die gesellschaftlichen Spannungen, die Währungskrise und das bereits schwelende Chaos in Europa nicht weiter verschärfen wollen, dann legen Sie bitte unverzüglich gegen diese Süd-Ost-Erweiterung und innereuropäische Völkerwanderung ein klares Veto in den EU-Gremien ein!“

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

Wahlausgang beim Nachbarn Tschechien

Der EU-Skeptiker, scharfe Kritiker der Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Gegner einer tieferen EU-Integration Andrej Babiš gewann mit seiner Protestbewegung ANO („Ja“) die Parlamentswahl in Tschechien am 21. Oktober souverän. Er wurde mit 29,6 Prozent aller gültigen Stimmen vor allem deshalb



Andrej Babiš

Bild: de.rt.com - screenshot

„belohnt“, weil er keine Scheu zeigte, der EU die Stirn zu bieten und tschechische Interessen auch gegen Widerstand zu verteidigen. Babiš gilt im Gegensatz zu Vertretern der etablierten Parteien wegen seines Milliardenvermögens als unbestechlich. Der Vollständigkeit halber

muss auch erwähnt werden, dass Babiš ein großes Medienunternehmen, die AGF Media, gehört, was sich gerade in einem Wahlkampf als äußerst nützlich herausstellt.

Russland als Vorbild für die USA

Nachdem Russland die letzten Reste des einstigen sowjetischen Riesenarsenals an Chemiewaffen vernichtet hatte, forderte es entsprechend der Konvention zur Ächtung von Chemiewaffen die USA und andere Staaten auf, seinem Beispiel zu folgen.

Der hochrangige Diplomat Wladimir Jermakow auf der UN-Generalversammlung heuer im Oktober: „Dies betrifft in erster Linie jenen Staat, der die Konvention ursprünglich initiiert und seit jeher die dahinter stehenden Ideen gefördert hat, aber aus irgendeinem Grund nach wie



Chemiewaffen

Ende September 2017 zerstörte Russland die letzten chemischen Waffenbestände.

Bild: de.rt.com – screenshot

vor der Besitzer der größten Bestände an chemischen Waffen bleibt“. Er meinte damit offensichtlich die USA.

Diese kündigten an, ihre Bestände an Chemiewaffen bis Ende 2023(!) vernichten zu wollen.

Quellen: de.rt.com, orf.at.

Kleinstaaten sind erfolgreich

In ihrem Buch „Wir schaffen das – alleine“ zeigen die Finanzwissenschaftler Philipp Bagus und Andreas Marquart auf, dass Kleinstaaten, nicht zuletzt in wirtschaftlicher Hinsicht, erhebliche Vorteile gegenüber Großstaaten haben. Sie sind friedliebender, freiheitlicher, leiden weniger an Korruption, Verschwendung und Bürokratie. Und sie sind vor allem erfolgreich, wie z. B. an Liechtenstein, Monaco, Singapur und Schweiz zu sehen ist. Das hat seinen Grund darin, dass die staatlichen Planer, die zur Lösung der Probleme unabdingbar sind, umso

weniger die Ziele und Mittel der Bürger kennen und unter einen Hut bringen können, desto größer der Staat ist, und desto größer wird auch das Chaos sein, das sie anrichten, besonders unter so komplexen und dynamischen Bedingungen der Globalisierung von heute. Großstaaten wie die USA können es sich viel eher leisten, aggressiv zu sein, während Kleinstaaten von einem funktionierenden Außenhandel abhängig sind.

Ihre Schlussfolgerung: Es ist daher gerade heute zeitgemäß, sich kleineren politischen Einheiten zuzuwenden.

Quelle: heise.de

Ein Schweizer Bergbauer kämpft gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft

Lange hat man ihn als Spinner verspottet. Doch Armin Capaul hat mit seiner Hornkuh-Initiative einen Nerv getroffen. Es geht um die Praxis, die vor 35 Jahren mit der Umstellung auf angeblich tierfreundliche Freilaufställe begann.



Armin Capaul Bild: Die Weltwoche - screenshot

Bald darauf zeigte sich, dass sich die Kühe im freien Stall beengt fühlten und einander attackierten. Deshalb mussten die Hörner weg. „Dem Kalb drei Wochen nach der Geburt mit dem LötKolben die

Hörner wegzubrennen, ist als ob man einem Säugling die Arme abschneidet“, meint der Bergbauer. Und weiter: „Ja, offene Wunden gibt es nicht mehr, dafür aber schlimme innere Verletzungen, wenn eine Kuh der anderen den Kopf in die Flanke stößt. Die Hörner sind nicht wie Fingernägel, sondern sie sind durchblutet, mit Nervenfasern durchzogen und sehr empfindlich.“

Nun kamen in den letzten 18 Monaten 154.071 Unterschriften zusammen. A. Capaul ist zuversichtlich, dass es in der Schweiz zu einer Volksabstimmung kommt. Die Hornfrage ist letztlich für ihn nur ein Symptom „der industrialisierten Landwirtschaft: immer größer, immer schneller, immer mehr – das geht auf Dauer nicht auf. Wir müssen generell umdenken, und die Hörner sind ein Anfang.“

Quelle: Die Weltwoche, 12.10.2017



Vaduz/Liechtenstein am Nationalfeiertag 2017
Der Staatsfeiertag in Liechtenstein am 15. August wird von der Fürstenfamilie in einem Staatsakt auf der Schlosswiese gemeinsam mit dem Volk neben dem Schloss Vaduz mit Ansprachen und der Landeshymne „Oben am jungen Rhein“ begangen.

VERANSTALTUNGEN & TERMINE

Monatstreffen NFÖ-Tirol

Landesgruppe „Neutrales Freies Österreich“
jeden 2. Donnerstag im Monat
ab 19 Uhr im Restaurant „Löwenhaus“,
Innsbruck, Rennweg 5, Gäste willkommen.

Im Dezember: Adventliche
Feier in einem gemütlichen Altstadt-Cafe.
Anmeldung und Infos unter
Telefon 0699-10086924 (NFÖ-Büro)



Monatstreffen NFÖ-Wien

jeden 3. Dienstag im Monat: ab 18 Uhr, im
Cafe „Frey“, 1040 Wien, Favoritenstr. 44
Infos unter

Telefon 0676-4065409, (G. Grüner)



NFÖ-Salzburg – Treffen

Landesgruppe „Neutrales Freies Österreich“
Freitag, 12. Jänner 2018, Beginn 15 Uhr
Im Gasthof Wastwirt in Salzburg - Maxglan,
Rochugasse 15 (neben Stiegl-Brauerei),
Infos unter

Telefon 0662-641009 (DI. Ortner)
oder 0699-10086924 (NFÖ-Büro)

Frohe Weihnachten



Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Allen unseren bisherigen Spendern sagen wir ein herzliches Dankeschön! Bitte Adressenänderung frühzeitig bekannt geben. Teilen sie uns bitte, – wenn möglich – auch die Adressen von interessierten Bekannten mit. Danke!

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich. Fotos und Grafiken: R. Pomaroli.
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich* – NFÖ, A-6010 Innsbruck, Postf. 110, Telefon: 0699-10086924,
buendnis@nfoe.at - Bankver.: Volksbank, BIC: VBOEATWWINN, IBAN: AT31 4239 0000 0002 9637; Druck: Sterndruck, Fügen - DVR3000098